



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: Überprüfung der Stadtverordneten der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen auf hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst der DDR und dessen Nachfolger dem AfNS

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Fraktion - AfD	33-2020	10.03.2020

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Gemäß §§ 19, 20, 21 Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (StUG), beauftragt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen die Verwaltung des Amtes Unterspreewald, vertreten durch den Amtsdirektor, mit dem Ersuchen auf Überprüfung von Stadtverordneten bis zum Geburtsjahr 1972 zur Feststellung, ob diese hauptamtlich oder inoffiziell für die Staatssicherheit sowie deren Nachfolgeorganisation AfNS tätig waren.

Der Stadtverordnetenversammlung sind die Ergebnisse der Überprüfung durch die Behörde des BStU öffentlich mitzuteilen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Die weiterhin hohe Anzahl an Bürgeranträgen bei der BStU, im Jahr 2019 56.526 darunter 35.554 Erstanträge, zeigt die weitere Notwendigkeit und auch das berechnigte Interesse der Bevölkerung an der Aufarbeitung des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Um diesem Bürgerinteresse auch als Stadtverordnetenversammlung Rechnung zu tragen, sollen die Stadtverordneten bis zum Geburtsjahr 1972 überprüft werden.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ ☒ Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

☐ Zustimmung Hauptausschuss

☐ Ablehnung Hauptausschuss

☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift Fraktionsvorsitzende/r:
[Unterzeichner]

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsleiter	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	------------	---